

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00
FDP im Internet: <http://www.fdp.ch> E-Mail: gs@fdp-prd.ch
Inserate: Kretz AG (Feldmeilen)

DV PFÄFFIKON Wahl der Gremien

Wie ein Fels in der Brandung...

... stand der alte und neue Parteipräsident Franz Steinegger an der ordentlichen Delegiertenversammlung der FDP Schweiz vom 7./8. April 2000 in Pfäffikon (SZ). Erst kürzlich aus dem Spital entlassen, zeigte er sich in gewohnter Frische. Auch politisch blieb der Erfolg nicht aus: Die bilateralen Verträge wurden mit nur einer Gegenstimme zur Annahme empfohlen. Im weiteren überarbeitete die DV das Positionspapier «Bildung: Unser Rezept für mehr Beschäftigung. Unser Weg zur Wissensgesellschaft» gründlich.

GUS. Mit langanhaltendem Applaus wurde Parteipräsident Franz Steinegger von den Delegierten für eine weitere Amtsperiode bestätigt. Neben ihm fand in der Geschäftsleitung ein grösseres Revirement statt. Die Namen der neugewählten Mitglieder finden Sie in diesem «Freisinn» auf Seite 13.

Unbestrittene Ja-Parole zu den Bilateralen

Die bilateralen Verträge hatten bei den FDP-Delegierten erwartungsgemäss keinen schweren Stand.



FDP-Bundesrat Pascal Couchepin setzte sich mit Feuer für die bilateralen Verträge ein.



Grosses Medieninteresse am Parteipräsidenten nach der Wiederwahl. (Bilder ruti)

Nach zwei engagierten Voten von Bundesrat Pascal Couchepin und alt Verhandlungsleiter Jakob Kellenberger und einer Arena mit der einheimischen Nationalrätin Maya Lalived'Epinay, Ständerätin Michèle Berger (NE) (beide FDP/pro) sowie den beiden Nationalräten Bernhard Hess (SD/BE) und Josef

FDP SCHWEIZ

Inhalt

- Die Pfäffiker Rede des Parteipräsidenten ab Seite 5
- Die bilateralen Verträge ab Seite 11
- Die neue Geschäftsleitung der FDP Schweiz auf Seite 13
- Die Auflösung des Wettbewerbs auf Seite 17



Freisinnig-Demokratische Partei

Abstimmung vom 21. Mai 2000:

JA zu den bilateralen Verträgen

Kunz (SVP/LU) unter Leitung von FDP-Ständerätin Christine Beerli (BE) fand nur eine kurze Diskussion statt. Die klare Parolenfassung gibt allen den Auftrag, überall für die Abstimmung zu mobilisieren.

Digitale Mündigkeit und Gewalt an den Schulen

Im programmatischen Teil der DV setzten sich die Delegierten mit den freisinnigen Positionen in der Bildungspolitik auseinander. Referate von FDP-Ständerätin Christiane Langen-

berger (VD) und FDP-Nationalrat Peter Kofmel (SO) führten ins Thema ein. Spezielles Augenmerk wurde dabei auf die Problematik der Gewalt an den Schulen und in der Gesellschaft gerichtet sowie auf die Gefahr einer möglichen digitalen Spaltung der Gesellschaft: zwischen jenen, welche die neuen Informationstechnologien zu nutzen wissen, und jenen, welche sie nicht zu nutzen wissen. Es ist Aufgabe der Politik, sich dieses Zukunftsthemas rechtzeitig anzunehmen. ■

Schweizerische
Landesbibliothek
Haldenstrasse 15
3003 Bern

002

AHV-DISKUSSION  Bundesrätliche Realitätsverweigerung

An der Grenze zum Skandal

Von Bundesrätin Ruth Dreifuss immer wieder versprochene verbindliche Aussagen zur Marschrichtung der AHV sind entgegen eigenen Aussagen auch im Frühjahr 2000 nicht zu haben. Die Mehrheit im Bundesrat will die Antworten auf die demographischen Herausforderungen der nahen Zukunft bis 2025 erst mit der 12. AHV-Revision thematisieren. Vorher soll in der 11. Revision noch einmal ausgebaut und umverteilt werden. Die endlose Verzögerung der Realitätsanerkennung grenzt an einen Skandal.



Guido Schommer

VON FDP-PRESSECHIEF
GUIDO SCHOMMER,
BERN

Der Seismograph der nationalen AHV-Diskussion hat wieder neue Fieberkurven-Höchststände vermerken müssen. Nachdem jene Altvorderen und Möchtegerns der SP aufgetreten sind, welche die Notwendigkeit von Korrekturen auf der Einnahmen- und der Leistungsseite schlicht negieren, hat nun der Bundesrat zum Thema eine Klausur durchgeführt. Die immer wieder neu geforderte klare Aussage zur AHV mit dem Zeithorizont 2025 wurde einmal mehr verschoben. Das Verhalten des zuständigen Departements lässt grosse Zweifel aufkommen, ob es gewillt ist, die demographischen Probleme der AHV noch in der Amtszeit der amtierenden Chefin anzuerkennen und anzugehen.

Après moi le déluge

Mit einem üblen Trick wird versucht, der Bevölkerung weitere Beruhigungspillen zu verabreichen: Noch tiefer gehende, umfangreichste Forschungsprogramme – da winkt wohl bereits der nächste Auftrag für das SP-dominierte Büro BASS – sollen noch mehr Grundlagen bringen für die Siche-

rung der AHV bis zum Zeitpunkt 2025. Forschen statt handeln heisst da wohl die Devise. Der heikle Punkt, nämlich endlich zur Kenntnis zu nehmen, dass der Bevölkerungsaufbau nun einmal Korrekturen auch auf der Leistungsseite notwendig macht, wird allfälligen Nachfolgern im Departement des Innern überlassen: Man versucht, sich aus der Verantwortung zu stehlen. Der nächste Departementschef/die nächste Departementschefin (es könnte ja wieder einmal ein(e) Bürgerliche(r) sein, ist jedenfalls nicht zu beneiden: Durch die konsequente Verschiebung der Problemlösung wird die Finanzierungssituation noch verschlimmert, ganz nach dem Motto: Après moi le déluge.

Bereits die 11. AHV-Revision muss einen Sparbeitrag liefern

Die Ausgangslage ist klar: In die bundesrätliche Botschaft zur 11. AHV-Revision wurden schwergewichtig Sparvorschläge eingebaut, die es in einer Volksabstimmung schwer haben dürften. Dies wohl mit dem Kalkül, dass nur die neuen zusätzlichen Flexibilisierungsleistungen die parlamentarischen Beratungen überleben. Hier muss Ein-

halt geboten werden. Eine nicht kostenneutrale Flexibilisierung des Altersrücktritts kommt so lange nicht in Frage, als die 11. AHV-Revision nicht in einem anderen Bereich einen substantiellen Sparbeitrag zur Lösung der demographischen Probleme mit Zeithorizont 2025 liefert. Per saldo muss bereits die 11. Revision ein klares Korrektursignal auch auf der Leistungsseite beinhalten. Dazu gehört wohl ein vertretbarer Verzicht aller künftigen Rentenbezüger auf steigende Realrenten, beispielsweise durch die

reine Teuerungsanpassung der Renten. Bezeichnenderweise wird das Thema, wer die Leistungen letztendlich finanzieren wird – nämlich der steuerzahlende Mittelstand –, weitgehend ausgespart.

Die Bevölkerung ist sich der demographischen Probleme sehr wohl bewusst. Weder die Vernebelungstaktik der SP-Gruppe um Rechsteiner noch die Verzögerungen im Bundesrat werden die Probleme lösen. Es geht heute nicht mehr um einen Dogmenstreit: Die objektiven Fakten für die Bestimmung der Marschrichtung liegen längst auf dem Tisch. Dass sich die bundesrätliche Mehrheit unter diesen Bedingungen zum Verteilen von Beruhigungspillen hinreissen lässt und damit ein weiteres Anwachsen der Staats- und Fiskalquote widerstandslos in Kauf nimmt, grenzt an einen Skandal. ■

Jungfreisinnige Schweiz einstimmig für die bilateralen Verträge

Der Delegiertenrat der Jungfreisinnigen Schweiz (JF Schweiz) hat einstimmig die Ja-Parole zu den sektoriellen Verträgen mit der EU gefasst. Die Vorteile dieser Abkommen überwiegen deutlich die Nachteile: Die Diskriminierung der Schweizer Unternehmen auf dem EU-Markt wird weitgehend abgeschafft, das Verhältnis mit der EU bekommt eine neue Qualität, Schweizer Diplome werden überall in der EU anerkannt, die Schweiz kann sich an europäischen Forschungsprogrammen beteiligen, die Schweizer Flugfirmen werden ihren europäischen Konkurrenten gleichgestellt, der Landwirtschaft wird der Zugang zum EU-Absatzmarkt erleichtert.

Weitergehende Schritte in der Europapolitik werden durch die Verträge in keiner Weise präjudiziert. Wenn jedoch einmal die zwei «heiligen Kühe» freier Personenverkehr und Landverkehr geschlachtet sind, wird der Entscheid zum EU-Beitritt leichter fallen.

Die JF Schweiz setzen sich seit längerem für die bilateralen Verträge ein und werden es mit verschiedenen Aktionen auf nationaler und kantonaler Ebene auch weiterhin tun, teilweise zusammen mit den anderen befürwortenden Jungparteien.

IMPRESSUM

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Neuen-gasse 20, 3001 Bern. Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00, E-mail: gs@fdp-prd.ch

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Guido Schommer (GUS). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

INSERATEN-VERWALTUNG:

Kretz AG, Verlag und Annoncen, General-Wille-Strasse 147, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Telefon (01) 923 76 56, Fax (01) 923 76 57.

DRUCK:

NZZ-Druckzentrum, Schlieren
Einzelnummer Fr. 2.-
Jahresabonnement Fr. 20.-

VORSTELLUNG ◉ Wer sind die neuen Parlamentarier?

Who's who? – Teil 5

Madeleine Bernasconi

Date de naissance: 15 septembre 1939

Commune d'origine: Novazzano TI

Etat-civil: marié

Enfants: 2 (1961, 1965)

Confession: catholique

Hobbies: Lecture, natation

Carrière professionnelle

- Ecoles primaires et secondaires à Genève
- Ecole de commerce, Genève
- IDHEAP (Institut des Hautes Etudes en Administration Publique), Lausanne

Activité actuelle

- Magistrate communale

Carrière politique

1987–1990: Conseillère municipale

dès 1990: Conseillère administrative (maire)

dès 1997: Députée au Grand conseil genevois

Fonctions de charges au sein du parti

1992: Vice-présidente

1992–1994: Présidente

Dès 1990: Comité central

Organisations/Institutions d'importance cantonale et fédérale

- ACG
- BCG
- Fondation pour le tourisme
- Aéroport international de Genève
- CAP Comité de gestion
- Commission des finances
- Commission des acquisitions
- Commission des Prêts hypothécaires
- Commission cantonale d'aide à domicile
- Fondation pour l'aide à domicile



Hajo Leutenegger

Geburtsdatum: 9. Dezember 1944

Bürgerort: Eschlikon TG

Zivilstand: verheiratet

Kinder: 3 (75, 77, 80)

Confession: katholisch

Militär: Oblt Rttg Trp (Wehrpflicht erfüllt)

Hobbies: Oldtimer

Ausbildung

- Primarschule/Gymnasium A in Chur
- Masching-Studium ETH Zürich
- Dissertation ETH Zürich
- Schweiz. Kurse für Unternehmensführung SKK
- Matura A
- Dipl. Ing. ETH
- Dr. sc. techn.

Gegenwärtige Tätigkeit

- Direktor der Wasserwerke Zug AG inkl. TG Telezug AG

Organisationen/Verbände/Institutionen

- Präsident Swisscable, Verband Schweiz. Kabelnetzbetreiber

- Erw. Vorstand VSE, Verband schweiz. Elektrizitätswerke
- VSG, Verband Schweiz. Gasindustrie
- Vorstand ZIV, Zuger Industrieverband
- Vorstand GGZ, Gemeinnützige Gesellschaft Kt. Zug
- VR Klinik Adelheid AG, Unterägeri

Materialshop

Nach wie vor lieferbar

- **Unsere Ziele 1999 – 2003**
- **Sozialwerke sichern und Steuern stoppen!
(Finanz-, Steuer- und Sozialpolitik)**
- **In Bildung und Arbeit investieren, damit sich
Wissen auch in Zukunft auszahlt (Wirtschafts-
und Bildungspolitik)**
- **Selbstbewusste Zusammenarbeit statt Abschied
von Europa und der Welt (Aussenpolitik)**
- **Für eine Asylpolitik mit Hilfe vor Ort statt ungebremste
Einwanderung in die Schweiz (Sicherheits- und
Asylpolitik)**

**Neu erhalten Sie auch die FDP-Kalender im
Kreditkartenformat. Auf deren Vorderseite sind die Ziele
der FDP für die Legislatur 1999 – 2003 aufgeführt.**

**Bestellen Sie bitte direkt bei FDP Schweiz, Erwin Aebischer,
Postfach 6136, 3001 Bern
Tel. (031) 320 35 35
Fax (031) 320 35 00
E-Mail: aebischer@fdp.ch**

DELEGIERTENVERSAMMLUNG PFAFFIKON  Der Präsident hat das Wort

«Das Schweizerhaus in Ordnung halten»

Der «Freisinn» veröffentlicht die Ansprache von FDP-Präsident Franz Steinegger anlässlich der Eröffnung der ordentlichen Delegiertenversammlung vom 7./8. April 2000 in Pfäffikon (SZ).

VON FDP-PRÄSIDENT
FRANZ STEINEGGER,
FLÜELEN (UR)



FDP-Präsident Franz Steinegger wieder in Form: Die Delegierten schenken ihm am Schluss der Versammlung ein übergrosses Herz als Zeichen der Anerkennung für den bravourös wiedergewählten Präsidenten. (Photo ruti)

Am 27.3.2000 ist Bruno Hunziker verstorben. Er war zwischen 1984 und 1989 unser Präsident und hat zwischen 1977 und 1991 dem National- und Ständerat angehört. Bruno Hunziker war ein Politiker von prägender Gestaltungskraft. Unsere Partei hat von dieser Kraft massgebend profitiert. Nicht vergessen wollen wir aber auch Bruno Hunziker als Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens unserer Partei. Seine Auftritte als Jazz-Pianist sind für viele Delegierte unvergessen. Bruno Hunziker war ein beispielhafter Vorgänger: immer mit Rat und Tat zur Verfügung, aber sich nie besserwisserisch einmischend. Wir werden Bruno Hunziker ein ehrendes Andenken bewahren.

Sozialkonservativer Traditionalismus bei der SP...

Ich habe mich lange gefragt, mit welchen Themen ich Sie im Rahmen meiner Eröffnungsrede unterhalten soll. Da ich in Psychologie nicht geschult bin, fällt mir die Kommentierung der SP-internen Vorgänge schwer. Fest steht auf jeden Fall,

dass sich an der Marschrichtung kaum etwas geändert hat und dass sich die Auseinandersetzungen auch kaum auf inhaltliche Fragen beziehen. Vor den Wahlen hat sich die SP dem sozialkonservativen Traditionalismus verschrieben. Es gibt keine Anzeichen, dass sie sich etwa in der Sozialpolitik, in der Arbeitsmarktpolitik usw. auf einen Modernisierungskurs begeben will.

Auch die SVP hat vor den Wahlen das soziale Schlaraffenland versprochen. Die Leistungen der AHV sollen sakrosankt bleiben und die Krankenkassenprämien heruntergesetzt werden. Der Mut zur Ausgabenreduktion wurde bei der Arbeitslosenversicherung gekühlt. Dies war ja ein relativ bescheidenes Marktsegment mit einem

hohen Ausländeranteil ohne Wahlrecht. Nun hat die SVP begonnen, sich ebenfalls mit den Tatsachen auseinanderzusetzen. Offenbar ist aber der Übergang vom Populismus zur konkreten Problemlösung nicht ganz einfach.

...nebulöser Faschismusbegriff bei Teilen der SVP

In der Zwischenkriegszeit haben Stalin und die deutschen Sozialdemokraten zu «Zwillingsbrüdern des Faschismus» erklärt. Da durfte natürlich die Studentenbewegung in der Mitte der sechziger Jahre nicht nachstehen. Sie hat dem marxistisch begründeten Faschismusbegriff auch im Westen neues Ansehen verschafft. Ich stelle jetzt einfach fest, dass auch gewisse

SVP-Vertreter mit einem nebulösen Faschismusbegriff operieren.

Welche Probleme sollen damit gelöst werden? Dass linke und rechte Diktaturen Dreck am Stecken haben, ist keine Neuigkeit. Unsinn ist jedoch, demokratische und rechtsstaatliche Gruppierungen in die Nähe derartiger Verbrecherorganisationen zu stellen. Damit wird die Politik insgesamt diskreditiert, Politik wird geradezu unmöglich, wenn sie auf den Austausch von Faschismus- und Kommunismusverdächtigungen reduziert wird.

Wer nicht spurt, wird zum Sozialisten erklärt

Weil wir ohne SVP eine erfolgreiche Drogenpolitik durchgesetzt haben, weil wir bei der Sanierung der Bundesfinanzen konse-

quent waren, weil wir die Voraussetzungen für den Abschluss der bilateralen Verträge geschaffen haben und weil wir Probleme lösen und nicht nur bejammern wollen, werden wir von einzelnen SVP-Vertretern und von rechtsextremen Schreibern unter Sozialismusverdacht gestellt. Der Mechanismus ist durchsichtig: Wer nicht spurt, ist Sozialist, und die Sozialisten sind Faschisten.

Wenn heute politische Aufgeregtheit mit Sozialismus- und Faschismuswürfen exerziert wird, dann ist das eine Sprache der fünfziger und sechziger Jahre. Zehn Jahre nach dem Zusammenbruch von 1989, als grosse Teile des linken Weltbildes zusammenstürzten, will man nun in einer Art anachronistischer Schmähkultur noch einmal die alte Lagerordnung aufstellen. Wir haben nicht die Absicht, den Wirbel um pauschale Faschismus- und Sozialismusbegriffe mitzumachen. Wir wissen, dass alle Diktaturbewegungen, ob rechts oder links, vor allem aus der Kampfansage an unsere Werte, nämlich an liberale Demokratie, an Toleranz und Kompromiss, leben.

Instrumente des politischen Extremismus

Für uns steht eher die Frage im Vordergrund, ob im politischen Leben der Schweiz Instrumente des politischen Extremismus zur Anwendung gelangen. Zum politischen Extremismus gehört die Unkultur ungehemmter

FORTSETZUNG AUF SEITE 6

FORTSETZUNG VON SEITE 5

Freund-Feind-Politik. Es muss aufhorchen lassen, wenn Wirtschaftsorganisationen, welche im letzten Frühjahr Plakate mit «Bilaterale Ja» aufstellen liessen, als «neue Halb-Linke» bezeichnet werden. In die gleiche Kategorie gehört der Sozialismusverdacht gegenüber allen «Andersgläubigen». Die Suche nach tragfähigen Kompromissen ist für die Schweiz von grosser Bedeutung. Es geht nicht darum, den politischen Gegner fertigzumachen. Entscheidend ist, dass die richtige Richtung eingeschlagen wird.

Zu den Instrumenten des politischen Extremismus gehört die Ideologisierung des sogenannten Volkswillens. In den sechziger und siebziger Jahren haben linksextreme Gruppen nach der Demokratisierung der Demokratie gerufen. Heute sind wir mit der Forderung nach der Ausschaltung des Parlamentes bei Verfassungsänderungen konfrontiert. Demgegenüber sind wir der Meinung, dass das Zusammenwirken von Volk, Kantonen und Parlament bei Verfassungsänderungen ein nicht zur Disposition stehender Verfassungsgrundsatz ist.

Der Elendspropaganda geht die Munition aus

Zum politischen Fundamentalismus gehört die Verbreitung von Verachtung gegenüber Regierung und repräsentativer Demokratie. Und schliesslich gehört in diese Kategorie auch die Erzeugung von Unbehagen und Krisenstimmung. Wir erinnern uns an viele diffamierende Behauptungen über den Zustand der Schweiz. Da nun alle Daten nach oben zeigen, geht hier die Munition aus. Wir haben einen Aufschwung auf solider Basis. Die frühere Elendspropaganda kann man nicht mehr fortsetzen.



Ein vielbeachtetes Überraschungsreferat zu den bilateralen Abkommen hielt der Schweizer Chefverhandler der Verträge und heutige Präsident des Internationalen Roten Kreuzes, Jakob Kellenberger. (Photo rutli)

Und es ist schwierig, sich den Erfolg an den Hut zu heften. Es ist kein Zufall, dass gerade jetzt diese anachronistische Erneuerung der Faschismuskonzeption stattfindet. Wenn man nicht mehr weiter weiss, ist der Griff in die populäre Geschichtskiste allemal ein Ausweg.

Ein Teil der Sozialisten hat hier einen einfacheren Weg gefunden. Man verteuft im Rahmen der sozialistischen Restauration alle mitverursachten Probleme als Folge des sogenannten Neoliberalismus. Auch

wenn im Rahmen der sozialistischen Restauration der sogenannte Neoliberalismus verteuft wird, wird der Blick auf die wesentlichen Fragen verstellt. Natürlich bestehen in einer Zeit des Umbruchs Ängste vor den Unwägbarkeiten der Zukunft. Man kann diese Ängste mit Erfolg schüren. Wir meinen aber, dass gewisse politische Ausschläge nicht eine Folge einer Krise sind, obwohl diese Krise immer wieder herbeigeredet wird, sondern dass es sich um ein Nebenprodukt des Wandels handelt.



FDP-Präsident Franz Steinegger: «Zehn Jahre nach dem Zusammenbruch von 1989, als grosse Teile des linken Weltbildes zusammenstürzten, will man nun in einer Art anachronistischer Schmähekultur noch einmal die alte Lagerordnung aufstellen. Wir haben nicht die Absicht, den Wirbel um pauschale Faschismus- und Sozialismusbegriffe mitzumachen.» (Photo rutli)

Künstliche Aufgeregtheit mit Polemik und Themen aus den sechziger und siebziger Jahren darf nicht den Blick auf das Wesentliche verdecken. Wesentliche Probleme sind die Frage der Überalterung und damit der Altersvorsorge, die Globalisierung, der soziale Ausgleich, die Zukunft in Europa samt sicherheitspolitischen Anforderungen und die Bildungs- und Forschungspolitik.

Problemlösung statt nostalgische Rückorientierung

Wir wollen keine leerlaufende Geschäftigkeit und Vorspiegelung eines politischen Hochbetriebes. Wir haben uns entschieden für die aktuelle Problemlösung. Wir glauben an Fortschritt und Zukunft. Wir stellen nicht die Wiederkehr angeblich guter alter Zeiten in Aussicht. Dies ist ein fahrlässiges Spiel mit Emotionen und untergräbt jede Bereitschaft zur Veränderung. Wenn politische Geborgenheit durch eine nostalgische Rückorientierung gesucht wird, führt das nicht zur Problemlösung. Wir betreiben nicht Nostalgie, haben

ZUM THEMA

- Da ich in Psychologie nicht geschult bin, fällt mir die Kommentierung der SP-internen Vorgänge schwer.
- Weil wir Probleme lösen und nicht nur bejammern wollen, werden wir von einzelnen SVP-Vertretern und von rechtsextremen Schreibern unter Sozialismusverdacht gestellt.
- Das gemeinsame Interesse, das langfristig für alle Vernünftigen, hat bei uns einen festen Ort. Wir wollen nicht, dass diese Interessen herumvagabundieren müssen wie herrenlose Hunde.

aber Erinnerung. Diese Erinnerung macht die Gegenwart lebenswert und lässt die Bewältigung der Zukunft machbar erscheinen.

Die FDP hat mit der Vision «Unsere Schweiz 1999–2007» eine Beurteilung der längerfristigen Entwicklungen vorgenommen. Bei den Wahlen wurde der Aktionsplan «Sicherheit durch Erneuerung» mit vier konkreten Zielsetzungen für die Legislatur 1999–2003 verabschiedet. Daneben bestehen für die einzelnen Sachgebiete Positionspapiere, welche laufend nachgeführt werden. Am Beginn der neuen Legislatur haben sich Geschäftsleitung und Fraktion mit einigen Schwerpunkten auseinandergesetzt. Dabei geht es um die Benennung der Prioritäten und um Sachaussagen zu den betreffenden Bereichen. Diese 12 Prioritäten für die bürgerliche Erneuerung der Schweiz sind von Geschäftsleitung und Fraktion im Februar 2000 verabschiedet worden.

Für uns ist der schlanke Staat zunächst der Hüter ei-

nes (unantastbaren) Ordnungsprinzips und erst in zweiter Linie ein Dienstleistungsunternehmen. Wir bekämpfen deshalb eine weitere Ausweitung der Staatsquote und wollen diese Quote reduzieren.

Fiskalquote stabilisieren und senken

Hier geht es aber nicht um überholte Faschismus-, Kommunismus- oder Nationalismuspolemik, sondern um konkrete Politik auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene. Wir sind froh, dass sich die Staatsquote seit 1998 wieder langsam zurückbildet. In der Regel finden wir ja nicht zuviel Unterstützung beim Kampf gegen das weitere Anwachsen der Staatsquote. Die Sozialisten reklamieren seit langem den Sozialabbau, obwohl fast 40%, was dieses Land erwirtschaftet, über die öffentliche Verwaltung und die Sozialversicherungen verteilt wird. Soweit der Sozialismus den Staatssektor mehr oder weniger ausweiten will, ist es ein Kampf gegen eine offene Gesellschaft. Hier haben wir uns immer der Auseinandersetzung gestellt. Sozialismus ist aber nur eine Spielart der Feindseligkeit gegenüber der offenen Gesellschaft. Wir müssen uns auch mit den anderen Formen des völlig statischen und strukturalistischen Denkens auseinandersetzen.

Die Fiskalquote wollen wir stabilisieren und senken. Allerdings darf nicht mit Pauschalkritik die Sicht für die geeigneten Massnahmen verdeckt werden. Der Anstieg der Fiskalquote in den neunziger Jahren hat seine Ursache weitgehend in der Erhöhung der Beitragssätze für die Arbeitslosenversicherung. Es ist daran zu erinnern, dass mit der Arbeitslosenversicherung Probleme der Wirtschaft gelöst wurden und dass das Volk den Versuch



Die Diskussionsteilnehmer zur Arena über die bilateralen Verträge warten auf ihren Einsatz (v. r. n. l.): die FDP-Ständerätinnen Christine Beerli (BE) und Michèle Berger (NE), FDP-Nationalrätin Maya Lalive d'Épinay (SZ) und SVP-Nationalrat Josef Kunz (LU). (Photo ruti)

zur Senkung der Taggelder bei der Arbeitslosenversicherung abgelehnt hat.

Florierende Wirtschaft ist ohne ordnende Politik nicht möglich

Wenn wir uns für eine Senkung des Staatsanteils, für eine Senkung der Fiskalquote und damit gegen den Fiskalsozialismus einsetzen, bedeutet dies nicht, dass wir die Politik in einer sich globalisierenden Welt völlig ausschalten wollen und ausschliesslich auf das Kräftespiel der globalisierten Wirtschaft vertrauen wollen. Wir bekämpfen autoritäre ordnungspolitische Ideen. Zwar ist die Globalisierung eine Entwicklung, der wir uns anzupassen haben. Es gibt aber nicht nur defensive Anpassung, wie es konservative Kräfte in der Vergangenheit gegenüber Kirche oder Schicksalsmacht gefordert haben. Wir sind deshalb nicht nur zuständig für Reserven von nicht ausreichenden Leistungs- und anpassungsfähigen Leuten, die aus den globalisierten Eliten ausscheiden und für die wir eine national-kulturelle Identität bereitstellen müssen, um diese ruhig zu stel-

len. Dies wäre eine konservative Vision einer neuen, global vernetzten Ständegesellschaft. National haben wir diese Ständegesellschaft vor 150 Jahren abgeschafft. Wir wollen sie nicht einige Jahrzehnte später als globale Erscheinung. Auch eine globalisierte Wirtschaft kommt ohne institutionell geordnete gesellschaftliche Verhältnisse nicht aus. Es gibt keine florierende Wirtschaft ohne politische Ordnung.

Keine staatliche Leistung ohne Gegenleistung

In der Sozialpolitik geht es uns darum, das Engagement der Bürger zu ermutigen. Auch in diesem Bereich wollen wir das Prinzip der Nachhaltigkeit durchsetzen. Es kann nur verteilt werden, was wir selber erwirtschaften. Alles, was darüber hinausgeht, geschieht zulasten zukünftiger Generationen und ist nicht nachhaltig. Im Rahmen der 11. AHV-Revision wollen wir zunächst ein Szenario für die Finanzierung bis ins Jahr 2025 sehen und diskutieren. Hier müssen alle Gruppierungen Farbe bekennen. Wie stark

will man die Fiskalquote erhöhen, oder will man bei den Leistungen Korrekturen anbringen, oder will man eine Mischung? Verantwortungsvoll handelt die Politik nur, wenn der Sozialstaat an die Wirklichkeit angepasst wird. Dazu braucht es Aufrichtigkeit und einen Ausbruch aus dem Teufelskreis der Verlogenheit mit dem Versprechen eines sozialen Schlaffenlandes.

Auch im Sozialbereich gibt es eine Pflicht zur Selbstverantwortung. Es soll keine staatlichen Leistungen geben ohne Gegenleistung. Im Übergang von Einkommen durch Erwerbsarbeit zu Sozialleistungen soll die Wahl zwischen Arbeit oder Transferleistung durch ein Nebeneinander beider Einkommensquellen ersetzt werden.

Keine Toleranz gegenüber Missbrauch

Neben einer auf die konkrete Bedrohungslage abgestimmten Sicherheitspolitik hat die Regelung unseres Verhältnisses mit der europäischen Union entscheidende Bedeutung. Wir ha-

ben anlässlich unserer Delegiertenversammlung in Weinfelden am 9.10.1999 unsere Parole zu den bilateralen Verträgen gefasst. Wir wollen diese Stellungnahme heute bestätigen.

Wir wollen das Schweizerhaus in Ordnung halten. Der Standort Schweiz soll für Bewohner und Wirtschaft im internationalen Wettbewerb eine hervorragende Stellung behalten. Zur freisinnigen Politik gehört eine durch den Freiheitsbegriff geprägte Toleranz. Zur Freiheit gehört aber auch Verantwortung. Wir schliessen nicht aus, dass unsere Toleranz gegenüber unerfreulichen sozialen Phänomenen, gegenüber Trittbrettfahrertum und gegenüber Missbrauch gelegentlich zu gross war. Hier wird es Korrekturen geben.

Das gemeinsame Interesse, das langfristig für alle Vernünftigen, hat bei uns einen festen Ort. Wir wollen nicht, dass diese Interessen herumvagabundieren müssen wie herrenlose Hunde. Die Zeiten haben sich verändert. Wir orientieren uns an den neuen Gegebenheiten. Wer sich an alten Karten orientiert, der erreicht kein Ziel, er ist schlimmer dran, als wenn er gar keine Karte hätte.

Wir handeln mit kluger Umsicht, setzen auf hiesiges Wissen, sind vertraut mit dem Vorgehen von Versuch und Irrtum und wollen nicht alles auf «eine Karte» setzen. Diese könnte ja falsch sein. ■

KOLUMNE

Ohne Pudding an der Wand



Die geplante – und dringend notwendige – Revision des Radio- und Fernsehgesetzes bietet die willkommene Möglichkeit, die Kontrolle der SRG zu überprüfen, um sie in tauglicher Weise neu zu ordnen. Die geltende Regelung ist vor lau-

ter Angst, die Programme könnten ideologisch eine falsche Richtung nehmen, arg kompliziert geraten: so kompliziert, dass die Kontrollwirkung nahe bei Null liegt.

Aber wahrscheinlich hat sie sich schon ins Gegenteil verkehrt. Denn je mehr Gremien über die Einhaltung der Programm-

bestimmungen wachen, desto grösser wird die redaktionelle Subversion. Publikumsräte, Ombudsstellen, Unabhängige Beschwerdeinstanz, Bundesgericht, Bundesamt für Kommunikation (Bakom), Bundesrat und Parlament kümmern sich mit vielfältigen Interessen und nicht selten widersprüchlichen

Auffassungen um den rechten Weg der SRG. Was bleibt dieser im verwirrenden Kontrolldickicht anderes übrig, als sich selber die Richtung zu weisen?

Der Eindruck entsteht, die SRG fühle sich über jede Kritik erhaben und handle arrogant. Müssen deshalb die Regelungen verdichtet, die Kontrollen verstärkt, die Sanktionen verschärft werden? Sicher nicht. Es wäre bloss die Verlängerung des Teufelskreises mit der weiteren Verknennung von Ursache und Wirkung.

Solange die SRG aus Gebühren finanziert wird, braucht sie einen konkreten Leistungsauftrag. Beim jetzt geltenden Wust von wolkigen Vorschriften weiss niemand genau, was die SRG soll. Wir alle dürfen den Service public nach eigenem Belieben ausdeutschen. Das tut auch die SRG. Im Ergebnis stehen wir vor einem schwankenden Turm aus unterschiedlichsten und unpassendsten Erwartungen. Es herrscht babylonische Verwirrung.

Wer soll klärend wirken? Die heterogen zusammengesetzten Publikumsräte? Die friedensrichterlich arbeitenden Ombudsstellen? Oder nach Jahren des Beschwerdestreits endlich das Bundesgericht? Soll das Parlament programmlich ein bisschen dreinreden, der Papiertiger Bakom fast bedrohlich knurren oder die Landesregierung periodisch Medienmoral predigen? Die Interpretation

des Service public gleicht dem Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln.

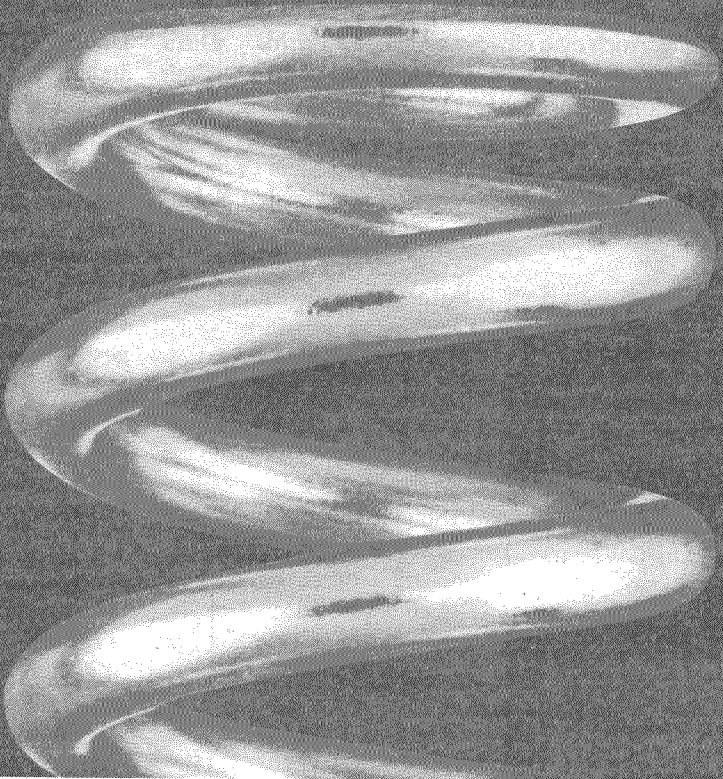
Die Lösung heisst, mit der SRG einen Leistungsauftrag zu vereinbaren, der widerspruchsfrei ist und fassbare Ziele definiert. Der aufs idealistische Pathos verzichtet. Der eine Qualitätsquote festlegt. Der Prioritäten setzt. Und von der SRG kein Programm verlangt, das jedem Publikumssegment täglich während 24 Stunden gefallen muss.

Wer an der Erfüllung des praktikablen Leistungsauftrags zweifelt, beschwert sich beim Bakom. Wird das behauptete Defizit bestätigt, muss es die SRG in angemessener Frist beseitigen. Publikumsräte, Ombudsstellen und Unabhängige Beschwerdeinstanz werden unter Verdankung der geleisteten Dienste verabschiedet.

Wird dann alles besser? Jedenfalls würden Einfachheit und Ehrlichkeit einen Fortschritt bringen. Eine Medienpolitik ohne den Zwang, Puddings an die Wand zu nageln, rückt näher zur eigentlichen Sache.

*Alex Bänninger,
Publizist,
Präsident des
Freisinnigen Presse-
verbandes der Schweiz,
Zürich*

FEDER FÜHREND



BAUMANN FEDERN AG

Postfach

CH-8630 Rüti

Tel. 055/286 81 11, Fax 055/286 85 11

**Abonnieren Sie unseren
newsletter auf www.fdp.ch**

**So werden Sie gleichzeitig mit den Medien
informiert.**

Zum Gedenken an alt Parteipräsident Bruno Hunziker

Die Nachricht vom Hinschied von alt Parteipräsident Dr. Bruno Hunziker hat uns erreicht. Wir sprechen der Familie, welche die lange Krankheit von nahem mit durchmachte, unser tief empfundenes Beileid aus. Sein Tod macht uns traurig. Zu früh hat ihn der Tod geholt, zu kurz war sein Leben nach der Politik. Zu wenig oft noch konnte er seine Stimme mit fundierten Kolumnen in der «Aargauer Zeitung» erheben.

Bruno Hunziker bleibt in Erinnerung. Er bleibt in Erinnerung als freisinniger Aargauer, der sich vom Grossrat im Aargauer Kantonsparlament zum Parteipräsidenten emporgearbeitet hat. Uns bleibt er in Erinnerung als Integrationsfigur für die freisinnige Politik seines Kantons, später seiner Partei von morgen früh bis spät abends. Bruno Hunziker war aber nicht «nur» Politiker, sondern auch fest in der Wirtschaft verwurzelt. Als selbständiger Anwalt und Verwaltungsratspräsident mehrerer Unternehmen war er ein Musterbeispiel für den «Manager mit politischem Flair» wie ihn alt Regierungsrat Kurt Lareida einmal nannte.

1968 wählte ihn das Aargauervolk – nach einer Karriere als Senkrechtharter in den Grossen Rat – in den Regierungsrat. Dort gestaltete er neben vielem anderen die Aargauer Spital- und Energiekonzeption. 1976 kehrte er in eine operative Stellung in der Privat-



Alt Parteipräsident Bruno Hunziker.

wirtschaft zurück und gründete 1978 gemeinsam mit Partnern sein eigenes Anwaltsbüro. Bereits ein Jahr zuvor zog es ihn aber in die Politik zurück: Er übernahm ein Nationalratsmandat. Besonders angetan hatten es ihm die Wirtschafts-, Gesundheits- und Energiepolitik sowie staatspolitische Grundfragen. In der grossen Kammer fiel er schnell als profilierte Persönlichkeit auf.

1984 wurde Bruno Hunziker als Nachfolger von Yann Richter zum Präsidenten der FDP Schweiz vorgeschlagen und auch ehrenvoll gewählt. Aus seiner Zeit als Vorsitzender seien hier nur wenige herausragende Politika genannt: diverse Vorlagen zur Atomenergie, der damals heiss umkämpfte Beitritt zur Uno und die ersten Diskussionen über die 10. AHV-Revision. Bruno Hunziker unterliess es aber auch nicht, in die Zukunft zu schauen: Unter seiner Führung beschäftigte sich die Partei intensiv mit Gleichberechtigungspostulaten sowie mit neuen Technologien und der Informationsgesellschaft.

Die erste freisinnige Volksinitiative – schon damals ging es um Steuererleichterungen für Familien – wurde unter seiner Ägide lanciert und eingereicht.

Mit der Präsidentenzeit von Bruno Hunziker eng verknüpft ist der Name von Elisabeth Kopp. Bei der Ergänzungswahl in den Bundesrat Ende 1984 standen sich mit Kopp und Hunziker zwei freisinnige Kandidaturen gegenüber. Die damalige Nichtwahl führte bei Bruno Hunziker weder zum Verlust des politischen Engagements noch zu einem kleineren Einsatz für die Partei. Im Gegenteil: Er führte die Partei als Mensch des Ausgleichs erfolgreich bis ins Jahre 1989. Im selben Jahr trat Elisabeth Kopp als Bundesrätin zurück. Noch während dieser Zeit – 1987 – wechselte er für eine Legislatur in den Ständerat. Nach seinem Rückzug aus der Politik widmete er seine Zeit in grösserem Ausmass seiner Beratertätigkeit für Unternehmungen im Aargau und in der ganzen Schweiz.

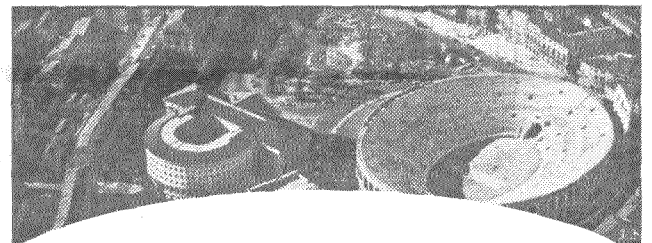
Bruno Hunziker war ein Mensch, der in reichem

Masse das Wesen eines Liberalen verkörperte: Er war ein klarer Befürworter der freien Marktwirtschaft, immer war ihm aber bewusst, dass es für die Schwächeren der Vorkehrungen bedarf. Er war ein überzeugter und überzeugender Freisinniger, der die Geschicke der Partei immer mit Voraussicht, Augenmass und Engagement zu lenken wusste.

Uns bleibt zu danken. Wir danken Bruno Hunziker für alles, was er seinem Kanton, seiner Partei und seinem Land gegeben hat:

Er hat uns viel gegeben. Er hat uns allen einen grossen Teil seines Lebens gewidmet.

*Im Namen der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz:
Nationalrat
Franz Steinegger*



ARENA DI VERONA

*Aida, Nabucco, La Traviata
und La Forza del Destino*

Im Deluxe-Car

14.–16.7. Aida/La Forza d. Dest.
25.–27.7. Nabucco/Aida
01.–03.8. Aida/Traviata
03.–05.8. La Forza d. Dest./Aida
11.–14.8. La Forza d. D./Nabucco
23.–25.8. Aida/Nabucco
31.8.–2.9. Aida/Nabucco

Inbegriffen

Fahrt im Deluxe-Car, Mittagessen Hin-/Rückreise, Zimmer/Frühstück (***)Hotel direkt bei der Arena, DZ mit Du/WC, 2 Eintritte

Preise (p.P./DZ) 3 Tage 4 Tage
Hotel Bologna*** 1095.– 1395.–

Hotel****, Einzelzimmer, Ausflüge, Versicherung auf Anfrage.

Im Orient-Express

25.08.–28.08. (Aida, Nabucco)
4 Tage ab Fr. 1390.–

Inbegriffen

Bahnfahrt im Restaurant-Wagen mit Frühstück, Mittagessen Hin-/Rückreise, Hotelzimmer/Frühstück, Stadtrundfahrt Verona, alle Transfers, Reiseleitung, Reisedokumentation.

Verschiedene Wagenkategorien, Hotels und Eintrittskarten zur Auswahl. Verlangen Sie das ausführliche Reiseprogramm.



Informationen 071 626 85 55

RMT
Special
MUSIK- UND KULTURREISEN

Reisebüro Mittelthurgau
Dunantstrasse 17
8570 Weinfelden
Fax 071 626 85 79

STEUERPAKET DER WIRTSCHAFT  Richtige Stossrichtung

Steuerstopp-Initiative ist Voraussetzung für Entlastungen

Die FDP unterstützt die langfristige Stossrichtung des Steuerpakets, das heute von den Dachorganisationen der Wirtschaft vorgestellt worden ist. Die Steuerpolitik ist zentraler Bestandteil der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Schweiz. Voraussetzung für Steuersenkungen grösseren Ausmasses sind: die Durchsetzung der Forderungen der Steuerstopp-Initiative, die Eindämmung der Ausgabenexplosion im Sozialbereich und strikte Ausgaben- disziplin auch bei den übrigen Staatsaufgaben.

Die Dachverbände der Schweizer Wirtschaft haben ein umfangreiches Steuersenkungspaket vorgestellt. Es zielt primär darauf ab, allfällige mittelfristige Überschüsse des Bundes nicht für Mehrausgaben, sondern für Steuersenkungen einzusetzen. Die FDP begrüsst und unterstützt die langfristige Stossrichtung des Pakets. Es enthält verschiedene Elemente, wel-

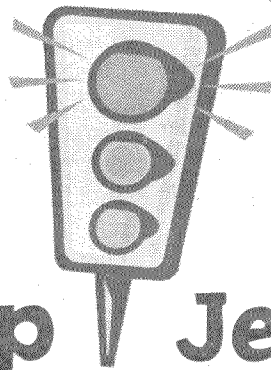
che von der FDP im Rahmen der 12 Prioritäten für die bürgerliche Erneuerung der Schweiz bereits gefordert wurden. Die FDP erinnert daran, dass sowohl im Parlament wie auch in der Bundesverwaltung noch an verschiedensten neuen, zusätzlichen Steuer- und Abgabenprojekten gewerkelt wird. Zu denken ist beispielsweise an die diversen Energiesteuern. Die Durchsetzung der Steuerstopp-Initiative bildet deshalb die kurz- und mittelfristig unabdingbare Voraussetzung für gezielte Steuererleichterungen. Notwendig sind

und bleiben daneben eine strikte Ausgabendisziplin und der Abbau der Schuldenlast.

Die Steigerung der Fiskal- und Staatsquote in der Schweiz der letzten zehn Jahre ist zum grössten Teil auf die Explosion der Ausgaben im Sozialbereich zurückzuführen. Freisinnige Versuche zur Eindämmung dieses Wachstums scheiterten am Widerstand anderer Parteien – vor allem von SP und CVP – oder vor dem Volk (Arbeitslosenversicherung). Die Mehrheit des Bundesrates ist offenbar aber auch heute nicht bereit,

die drohenden weiteren Mehrausgaben im Sozialbereich auf ein vernünftiges Mass zu reduzieren. Die Aussagen von Bundesrätin Dreifuss, den Zeithorizont 2025 für die AHV auf die 12. Revision zu verschieben, geben zu wenig Hoffnung Anlass. Die FDP fordert, dass bereits die 11. AHV-Revision einen substanziellen Sparbeitrag an die Lösung der demographischen Probleme liefert.

Volksinitiative
Steuerstopp Jetzt!



- JA, ich bestelle:
- ___ Exemplare Unterschriftenbogen
- ___ Exemplare Argumentations-Flyer

Weitere Infos, Argumente und Unterlagen finden Sie unter: www.steuerstopp.ch

Dort kann der Unterschriftenbogen auch direkt heruntergeladen und ausgedruckt werden.

Für Fragen stehen wir Ihnen unter Telefon (031) 320 35 34 oder Fax (031) 320 35 00 oder E-Mail gs@fdp.ch gerne zur Verfügung.

Name, Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

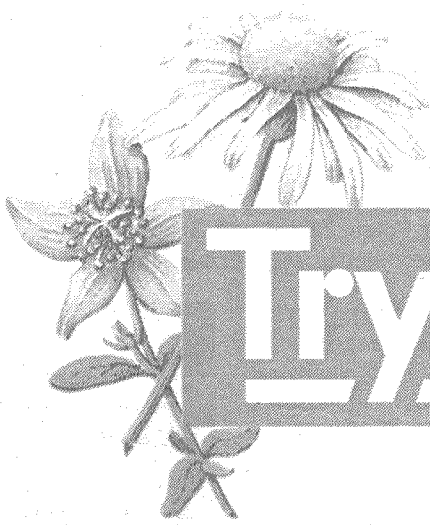
20./21. Mai: nationales Sammelwochenende!

Die Steuerstopp-Initiative läuft. Wir wollen aber die maximale Sammelfrist nicht bis zum letzten Tropfen Zeit ausnützen müssen, sondern möglichst rasch einreichen können. Deshalb findet am nächsten Abstimmungswochenende –

20./21. Mai 2000 – in der ganzen Schweiz ein nationales Sammelwochenende für die Steuerstopp-Initiative statt. Helfen Sie mit! Direkt an den Ständen, die Ihre Orts- und Kantonalparteien organisieren, oder durch Werben in Ihrem per-

sönlichen Umfeld. Benutzen Sie den Talon, um Unterschriftenbogen zu bestellen. Herzlichen Dank im voraus!

...gurgelfrisch
trybolwohl...



Trybol

- für frischen Atem
- nach dem Essen gurgeln
- seit 100 Jahren bestbewährt



21. MAI 2000 ◉ Ja zu den Bilateralen

Vorwärts schauen – auch in der Landwirtschaft

Die Liberalisierung des Aussenhandels ist kein Selbstzweck: Für ein Land wie die Schweiz – ohne Rohstoffe und ohne direkten Zugang zum Meer – ist ein freier Austausch von Waren und Dienstleistungen unabdingbar. Unser Wohlstand basiert heute in erster Linie auf dem Export. Das war nicht immer so. Im letzten Jahrhundert arbeitete über die Hälfte der Bevölkerung in der Landwirtschaft – heute sind es deutlich weniger als 5 Prozent.

VON FDP-NATIONALRAT
KARL TSCHUPPERT,
ETTISWIL (LU)



Diesen Tatsachen dürfen wir uns als Bauern nicht verschliessen.

Wir können das Rad nicht zurückdrehen. Wir können es mit einem Nein zu den bilateralen Abkommen nicht einmal anhalten. Mit einem Nein würden wir den wirtschaftlichen Druck auf die Landwirtschaft nicht beseitigen. Im Gegenteil:

Sollten die bilateralen Abkommen scheitern, so würde mit Gewissheit die schwierige Situation vieler Bauernfamilien noch verschärft. Denn die Liberalisierung schreitet gleichwohl voran; die neuste WTO-Runde ist längst eingeleitet, und Freihandelsabkommen mit den USA, Kanada und anderen Ländern werden angestrebt.


Marktchancen vor der Haustüre nicht verpassen

Ohne die bilateralen Abkommen würde die Landwirtschaft die Marktchancen vor der Haustüre, in

Märkten mit gleicher Esskultur, verpassen. Ohne diese neuen Absatzmärkte läuft die schweizerische Landwirtschaft Gefahr, Produktionsmöglichkeiten zu verlieren, was die wirtschaftliche Lage unseres Bauernstandes weiter verschlechtern würde. Denn bei gleichbleibenden hohen Produktionskosten führt weniger Absatz zu einer Schmälerung des landwirtschaftlichen Einkommens. Diese Einbussen werden aber nicht einfach durch die Bundeskasse ausgeglichen werden können. Die Politik würde das Nein der Bauern zu den bilateralen Abkom-

men wohl kaum mit höheren Beiträgen honorieren!

Die Vorteile der bilateralen Abkommen für unsere exportorientierte Volkswirtschaft sind unbestritten. Sie verbessern auch das Umfeld für die Landwirtschaft, weil in einer gesunden Wirtschaft die Kaufkraft der Konsumenten und die Finanzkraft des Staates grösser sind. Es wird zweifellos einfacher sein, in Zukunft die Agrarpolitik zu finanzieren, wenn es der Schweizer Wirtschaft gut geht. ■

21. MAI 2000  Ja zu den bilateralen Verträgen

Die Vorteile überwiegen!

Die sieben sektoriellen Verträge, die der Bundesrat mit der EU ausgehandelt hat, gelten zu Recht als massgeschneiderte Lösung, um unsere wirtschaftlichen Bedürfnisse gegenüber unserem grössten Markt, der EU, aus heutiger Sicht neu festzulegen. Diese bilateralen Abkommen bedeuten keinen Integrationschritt.

VON FDP-STÄNDERAT
PETER BRINER,
SCHAFFHAUSEN



Sie sind Verträge zwischen zwei Partnern und daher staatspolitisch unbedenklich. Die Schweiz kann damit ihren politischen Handlungsspielraum wahren.

Durch den Abbau technischer Handelshemmnisse entfallen aufwendige Doppelprüfungen und zweifache Zertifizierungen. Unsere Produkte können damit günstiger und vor allem schneller auf den Markt gelangen. Dies ist entscheidend vorab für die Maschinenindustrie, die Pharma- und Medizinalprodukte. Über den Zugang zu EU-Forschungsprojekten und deren Ergebnissen profitieren Schweizer Hochschulen und Firmen und damit der Wissens- und Forschungsplatz Schweiz: geradezu ein Muss für unsere Zukunft. Mit den neuen Freiheiten im Luftverkehr kann die entwicklungsstimmende Diskriminierung der Schweizer Airlines beseitigt werden.

Berechtigte Ängste?

Wo liegen denn die Motive der Gegner dieser Abkommen? Hier werden vor allem Ängste geltend ge-

macht. Es drohe eine Lastwagenflut, und es sei eine massive Einwanderungswelle zu befürchten. Wie verhält es sich damit? Im Abkommen über den Personenverkehr hat die Schweiz gute Karten. Die Einführung der Freizügigkeit erfolgt gestaffelt. Währenddem uns die EU die volle Freizügigkeit nach zwei Jahren gewährt, wird diese in der Schweiz schrittweise erfolgen. Zudem kann die Schweiz eine Schutzklausel beanspruchen, wenn (unerwarteterweise) durch eine starke Zuwanderung wirtschaftliche oder soziale Probleme entstehen sollten. Nach sieben Jahren kann erneut entschieden werden, ob dieses Abkommen weiterzuführen ist.

Gegen die «Lastwagenflut» sind ebenfalls Massnahmen vorgesehen. Das Wachstum des alpenquerenden Strassengüterverkehrs wird abgebremst. Ab 2005 ist ein kontinuierlicher Rückgang zu erwarten. Die Lastwagen aus der EU bezahlen einen grossen Teil unserer Schwerverkehrsabgaben (rund 1,5 Milliarden Franken pro Jahr). Das Sonntags- und Nachtfahrverbot bleibt bestehen. Mit der Annahme der LSVA- und FinöV-Vorlagen hat das Schweizervolk die Voraussetzungen geschaffen, um den Güterverkehr wo sinn-

voll auf die Schiene zu verlagern und die Alpeninitiative umzusetzen. Mit zusätzlichen flankierenden Massnahmen, die das Parlament beschlossen hat, soll die Strasse schon während der Übergangszeit entlastet werden. Eine Ablehnung der Bilateralen hätte hier zur Folge, dass all diese Schutzmechanismen dahinfallen. Dann hätten wir die Lastwagenlawine!

Schweizer Gewerbe ist wettbewerbsfähig

Zum Vertrag «über das öffentliche Beschaffungswesen» wird die Befürchtung kolportiert, dass zukünftig Bauunternehmen aus dem nahen Ausland unsere Schulhäuser und Strassen bauen werden. Mit dem freien Beschaffungsmarkt wird der Konkurrenzdruck zwar steigen. Andererseits eröffnet sich für unser Gewerbe ein neuer Markt mit einem Volumen von über 1000 Milliarden Franken.

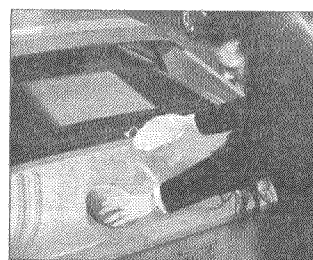
Diese drei Beispiele belegen, dass wir nicht mit «Ängsten» hausieren sollten, sondern vielmehr die Chancen erblicken, die sich mit diesen bilateralen Abkommen für unser Land ergeben werden. Verträge werden zwischen zwei Partnern ausgehandelt. Klar, dass nicht jeder Einzelpunkt für alle Beteiligten ideal sein kann. Bei dieser Vorlage geht es nun nicht um einzelne Rosinen. Es geht um eine Abstimmung über alles. Und da überwiegen gesamthaft die Vorteile dieser Verträge für unser Land bei weitem! ■

Car-Kosmetik

Die Spezialisten von **AVP-Autopflege** sind von Dietlikon nach Baltenswil umgezogen. Was an der neuen Adresse (Alte Winterthurerstrasse 9, vis-à-vis Hotel Pöstli) gleich geblieben ist: Ihr Spezialistenteam weiss, was Ihrem Wagen gut tut. Reinigung, Politur, Pflege und Glanz – damit er innen wie aussen wieder wie neu aussieht.

Der Frühling weckt die Lebensgeister. Die Lust auf Sonnenstrahlen, hereingelassen durch das Schiebedach, durch das Versenken des Cabrio-Verdecks oder ganz einfach durch penibel gereinigte Fensterflächen. Die Spuren, die der Winter am Wagen hinterlassen hat, lassen sich beseitigen. Durch Know-how, durch Handarbeit. So, wie sie bei **AVP-Autopflege** in Baltenswil angeboten wird.

Von Spezialisten, die einerseits über Erfahrung und andererseits über die probaten Mittel zur winterlichen «Spurenbeseitigung» verfügen. Für den Innenraum wie die Aussenhaut – die perfekte Car-Kosmetik, die ewige Jugend für Ihr Auto. Der besondere Clou von **AVP-Autopflege** ist die einzigartige Teflonversiegelung, ein Spitzenprodukt



aus der Raumfahrttechnik, das (inklusive schriftlicher Garantie) fünf Jahre hält und schützt. Ob Neuwagen, Occasion oder gar Oldtimer: das Beste vom Besten!

Und soeben eingetroffen ist ein weiterer Höhepunkt der Rubino-Pflegelinie: die exklusive Autowäsche ohne einen Tropfen Wasser. Ein Produkt aus den USA, 40 Jahre lang erprobt und nun neu in der Schweiz vertrieben und produziert. Ihre Vorteile:

- problemloses Auftragen und Abwischen
- füllt kleine Kratzer
- Lackversiegelung
- keine Wasserflecken
- reinigt und verschönert
- auch an der Sonne anwendbar
- Autowäsche in 20 Minuten
- nie mehr nasse Füsse!

Und all dies perfekt wie nie gesehen. Zum einmaligen Einführungspreis von Fr. 77.– statt Fr. 99.– für 1000 ml (reicht für bis zu 80 Autowäschen!), Fr. 47.– statt Fr. 65.– für 500 ml, Fr. 27.– statt Fr. 48.– für 250 ml.

Infos gibt's bei: **AVP-Autopflege**
Alte Winterthurerstrasse 9
8303 Baltenswil
Telefon (01) 888 79 88

Die neue Geschäftsleitung der FDP Schweiz

Nationalrat Franz Steinegger stellte sich für das FDP-Präsidium noch einmal zur Verfügung und wurde im Rahmen der ordentlichen Delegiertenversammlung vom 7. April 2000 in Pfäffikon (SZ) einstimmig und mit lang anhaltendem Applaus auch gewählt. Aufgrund diverser Rücktritte gab es aber auch diverse Neubesetzungen in der Geschäftsleitung:

Parteipräsidium:

- Nationalrat Franz Steinegger (UR, bisher)

Vizepräsidentinnen und -präsidenten:

- Regierungsrätin Marianne Kleiner (AR, bisher)
- Ständerätin Christiane Langenberger (VD, bisher)
- Nationalrat Gabriele Gendotti (TI, neu)

Geschäftsleitung (übrige Mitglieder):

- Nationalrat Gerold Bühner (SH, neu)



Der neugewählte Tessiner Vizepräsident der FDP Schweiz, Nationalrat Gabriele Gendotti. (Bild: ruti)

- Nationalrat John Dupraz (GE, neu)

- Nationalrätin Christine Egerszegi (AG, neu)

- Kantonsrat Ruedi Noser (ZH, bisher)

- Grossrat Peter Rychiger (BE, neu)

- Einwohnerrätin Fabia Schild (BL, neu)

- Nationalrat Georges Theiler (LU, neu)

- Regierungsrat Christian Wanner (SO, neu)

Ex-officio-Mitglieder:

- Ständerätin Christine Beerli, Fraktionschefin (BE, bisher)

- Nationalrat Fulvio Pelli, Fraktionsvizepräsident (TI, bisher)

- Grossrätin Sibylle Burger-Bono, Präsidentin FDP-Frauen Schweiz (BE, bisher)

- Bernhard Schürch, Präsident Jungfreisinnige Schweiz (GE, bisher)

- Johannes Matyassy, Generalsekretär (BE, bisher)

Bundesräte:

- Pascal Couchepin, Vorsteher EVD (VS, bisher)
- Kaspar Villiger, Vorsteher EFD (LU, bisher)

Den zurücktretenden Geschäftsleitungsmitgliedern Landrätin Beatrice Geier, Ständerat Thomas Pfisterer sowie Gemeindepräsident Walter Sommer dankt die FDP Schweiz auch an dieser Stelle ganz herzlich für die geleistete Arbeit im Gremium. ■

Unser Weg in die Wissensgesellschaft

Die DV in Pfäffikon hat programmatische Arbeit geleistet. Das neue, bereinigte Positionspapier zur Bildungspolitik, «Bildung: Unser Rezept für mehr Beschäftigung. Unser Weg in die Wissensgesellschaft», können Sie ab Anfang Juni 2000 erhalten.

- JA, ich bestelle Exemplare des überarbeiteten Positionspapiers zur Bildungspolitik.

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Bitte einsenden an: FDP Schweiz, Bildungspolitik, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00, gs@fdp.ch

Manager der eigenen Berufswahl

Die Motivation zur aktiven Entscheidung für eine Ausbildung vermitteln professionelle Berufs- und Lebensberater im Berufswahlseminar. Während einer Woche lernen Jugendliche, selbst die Verantwortung für ihre Zukunft zu übernehmen.

- Kennen lernen der eigenen Persönlichkeit
- Ziele, Wünsche und Visionen formulieren
- Plan für die Umsetzung der Berufswünsche erarbeiten

Das Seminar ist auch für junge Schweizer/innen im Ausland geeignet. Eine ideale Chance also, gleichzeitig den richtigen Beruf und Freunde aus aller Welt zu finden.

Daten: 9. – 16. Juli 2000. Noch wenige Plätze. Infos im Internet oder direkt bei uns.

S & B
Institut für Berufs- und
Lebensgestaltung AG

Marktgasse 35, 8180 Bülach
Telefon 01 864 44 44
E-Mail: info@s-b-institut.ch
Internet: www.s-b-institut.ch

S & B

Institut für Berufs- und Lebensgestaltung



21. MAI 2000  Die Ergebnisse einer Umfrage unter Auslandschweizern

Die 5. Schweiz und die bilateralen Verträge

Für die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sind die bilateralen Verträge der wichtigste Schritt zur Normalisierung unserer Beziehungen zu den Staaten Europas!

VON FDP-NATIONALRAT ERICH MÜLLER, SEUZACH (ZH), PRÄSIDENT FDP SCHWEIZ INTERNATIONAL

Die FDP Schweiz International hat unter ihren Mitgliedern eine Umfrage über die Bedeutung der bilateralen Verträge für die 5. Schweiz durchgeführt. Die zahlreich eingegange-

nen Antworten zeigen die grosse Bedeutung, welche die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer den bilateralen Verträgen zumessen. Die bilateralen Verträge sind der richtige Weg zu einer vermehrten Integration der Schweiz in ein vereintes Europa!

Auch Beitrittsgegner begrüssen die Verträge

Die überwiegende Zahl unserer in der EU wohnenden Mitglieder bezeichnen das Vertragswerk als den entscheidenden Zwischenschritt zur Annäherung an die EU. Aber auch EU-Beitritts-Gegner begrüssen die Verträge. Sie sehen darin – wie sich ein

in Deutschland tätiger Wirtschaftsvertreter ausdrückt – «den pragmatischen Weg der Öffnung der Schweiz, ohne Teilnahmezwang an den politischen Machtstrukturen der EU». Eine Dame aus Berlin ist überzeugt, dass «die bilateralen Verträge den Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern Aufenthaltssicherheit, Arbeitssicherheit, Rechtssicherheit, Zugangsmöglichkeit zu EU-Stellen bringen». Ein in England niedergelassener Schweizer freut sich, dass die Diplome seiner in der Schweiz ausgebildeten Kinder jetzt endlich europaweit anerkannt werden.

Signal gegen die Abschottung

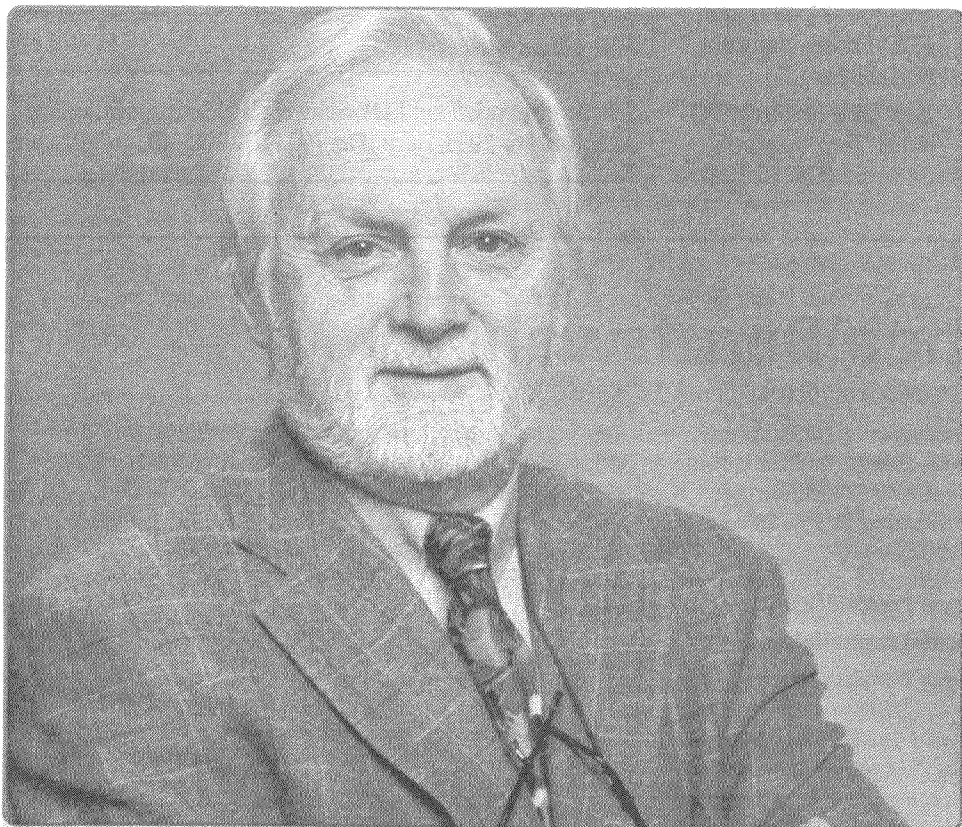
Ein FDP-International-Mitglied aus Italien bringt es auf den Punkt: «Die bilateralen Verträge sind das Signal, dass sich die Schweiz nicht vollends abschottet, sondern dass unser Land zur gezielten Zusammenarbeit in Europa bereit ist.» Dass ein Schweizer aus Südafrika schreibt, dass sich die bilateralen Verträge auch auf die Tätigkeit der Schweizer Unternehmen am Kap Horn positiv auswirken, erstaunt. «Die bilateralen Verträge nehmen den Konkurrenten aus der EU, die das schweizerische Abseitsstehen als unsolidarische Profitgier anprangern und so auf gemeine Art gegen unsere Industrie kämpfen, den Wind aus den Segeln.»

Mit einer Ablehnung der bilateralen Verträge würde für die 5. Schweiz nicht nur die erhoffte Besserstellung zunichte gemacht, sondern auch das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der Schweiz schwerwiegend gefährdet!

Mehr als nur ein juristisches Vertragswerk

Aus unserer Sicht mag die Meinung eines in London wohnenden Schweizer Architekten übertrieben erscheinen, wenn er schreibt: «Jedenfalls würden alle der Schweiz gutgesinnten Landsleute in Grossbritannien eine allfällige Ablehnung als einen unsolidarischen, egoistischen, isolationistischen Akt interpretieren, mit unvorhersehbaren Folgen für alle Betroffenen – nicht zuletzt auch für Europa selbst, das viel vom Schweizer Modell profitieren könnte.» Doch unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger im Ausland wissen, wovon sie reden. Für sie sind die bilateralen Abkommen mehr als ein juristisches Vertragswerk. Für sie ermöglichen die bilateralen Verträge die dringend notwendige harmonische Öffnung der Schweiz gegenüber Europa.

Enttäuschen wir unsere Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer nicht und stimmen wir am 21. Mai 2000 mit überzeugendem Mehr den bilateralen Verträgen zu!



Erich Müller, FDP-Nationalrat und Präsident der FDP Schweiz International: «Enttäuschen wir unsere Auslandschweizerinnen und -schweizer nicht und stimmen wir den Verträgen zu!» (Bild senn & stahl)

deutsch français

www.fdp.ch

willkommen
Besuchen Sie
unsere neue
homepage!

bei der Freisinnig-Demokratischen Partei au Parti Radical-Démocratique

FDP  PRD 

DIE ZEIT

Im Zeichen der ZEIT

DIE ZEIT bewegt. Woche für Woche aufs Neue. DIE ZEIT ist das Forum für die kritische und intellektuelle Auseinandersetzung. Klare Positionen und Mut zur Tiefe - das zeichnet DIE ZEIT aus.

Wer etwas zu sagen hat in Wirtschaft, Kultur und Politik tut es in der ZEIT. Diskutieren und streiten Sie mit uns. Mit einem Abonnement bietet sich Ihnen die beste Gelegenheit.



ROGER DE WECK
CHEFREDAKTOR

«DIE ZEIT hat einen Schweizer Chefredaktor. Ich freue mich, wenn unser Blatt viele Schweizer Leserinnen und Leser anspricht. Seit jeher engagieren

sich DIE ZEIT und ich für die europäische Einigung. In der ZEIT gibt's mehr Europa - ohne die Schweizer Brille. Lesen Sie Klartext - DIE ZEIT ist da.»



Jetzt mit neuem Reiseteil

Bilden Sie sich Ihre eigene Meinung. Lernen Sie jetzt die bedeutendste Wochenzeitung des deutschen Sprachraums im Testabo kennen: 6x DIE ZEIT zum Preis von 5 Ausgaben.

Ja, ich möchte DIE ZEIT im Testabo kennen lernen. Für **Fr. 25.-** (statt Fr. 30.-) erhalte ich die nächsten 6 Ausgaben bequem nach Hause geliefert.

TESTABO

Name

Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Telefon (für allfällige Rückfragen)

Z0036



Schicken Sie mir bitte DIE ZEIT von der nächsterreichbaren Ausgabe an probeweise für 6 Wochen für nur Fr. 25.00 statt Fr. 30.00 im Einzelverkauf. Wenn mir DIE ZEIT gefällt, brauche ich nichts weiter zu tun. Ich erhalte dann DIE ZEIT 52 x im Jahr zum Abopreis von Fr. 244.40 (inkl. Versandkosten) statt Fr. 260.00 im Einzelverkauf. Ansonsten kündige ich spätestens 2 Wochen vor Erhalt der letzten Probeausgabe. Eine formlose Mitteilung an Factum AG für Marketing, DIE ZEIT, Postfach, 8042 Zürich, genügt. Studentenpreise auf Anfrage.

Ausgefüllten Coupon einsenden oder faxen an:

DIE ZEIT, Factum AG für Marketing, Postfach, 8042 Zürich
Fax 01 366 99 49 • Telefon 01 366 99 11

Beharrlichkeit zahlt sich aus!

Ursula Dünner-Sommer, Arbon, Präsidentin der FDP-Frauen Thurgau, wurde am 9. April 2000 in den Grossen Rat gewählt. Die FDP-Frauen Schweiz haben sich mit der neuen Thurgauer Grossrätin unterhalten.

FREISINNE: FRAU DÜNNER, HERZLICHE GRATULATION ZU IHRER WAHL IN DEN GROSSEN RAT. DIE FDP-FRAUEN THURGAU HABEN ZUGELEGT UND DIE SITZZAHL VON DREI AUF SECHS ERHÖHT. WORAUF FÜHREN SIE DIESEN ERFOLG ZURÜCK?

Ursula Dünner: Die drei bisherigen Kantonsrätinnen haben mit ihrer soliden, guten Arbeit sicher viel dazu beigetragen, das Vertrauen in die kandidierenden Frauen bei den WählerInnen zu stärken und ihnen so zu ihrem bemerkenswerten Resultat verholfen.

Insgesamt haben 38 Frauen auf FDP-Listen für den Grossrat kandidiert. Sie alle trugen mit ihren sehr guten Einzelergebnissen zum Erfolg der Gewählten bei.

Die FDP-Frauen TG arbeiteten aber auch mit einem konsequenten Aufbauprogramm auf dieses Ziel hin. Vor allem 1999 haben wir mit einem vielfältigen, anspruchsvollen Jahresprogramm sowie einer grossen Themen- und Medienpräsenz äusserst erfolgreich auf uns aufmerksam gemacht, und seit Mai dieses Jahres sind wir mit einer eigenständig gestalteten Webseite im Internet vertreten.

BEMERKENSWERT IST DIE TATSACHE, DASS SOWOHL SIE WIE

AUCH DIE ZWEITE NEUGEWÄHLTE KANTONSRÄTIN IM VERGANGENEN HERBST ALS NATIONALRATSKANDIDATIN ANTRATEN. IST DIESER HARTE, TEURE UND ZEITINTENSIVE VORLAUF FÜR FREISINNIGE FRAUEN NÖTIG, DAMIT SIE IN DEN GROSSEN RAT GEWÄHLT WERDEN?

Es scheint so zu sein! Andererseits ist es für uns Frauen sehr schwierig, im regional stark gegliederten Kanton Thurgau ausserhalb der eigenen Gemeinde einen Bekanntheitsgrad zu erreichen. Männer haben es da mit ihren seit langem bestehenden, gut funktionierenden Seilschaften bedeutend einfacher! Deshalb ist es dem Vorstand der FDP-Frauen TG auch ein grosses Anliegen, die Vernetzung unter den Frauen zu fördern und zum Tragen zu bringen. Aus diesem Grund haben wir das «FDP-Frauen-Forum» gebildet. Drei Frauen aus jedem Bezirk unseres Kantons sind in diesem Gremium vertreten und werden uns – in drei bis vier Sitzungen pro Jahr – in unserer Arbeit unterstützen und unsere Anliegen näher an die Basis bringen.

WIE LAUTET IHRE PERSÖNLICHE EMPFEHLUNG AN DIE ERFOLGLOSEN KANDIDATINNEN FÜR EINE ERNEUTE KANDIDATUR IN VIER JAHREN?

Ich bin sicher, dass meine langjährige politische Arbeit innerhalb der FDP vom Stimmvolk gewürdigt worden ist. Beharrlichkeit zahlt sich aus!

Der nächste Wahlkampf hat aber bereits wieder begonnen, darum: Sich mit klaren Aussagen zu Sachthemen mittels Leserbrief oder an Veranstaltungen

vernehmen lassen. Eigene Vorstösse wagen und diese bekanntmachen. Und etwas vom Wichtigsten ist sicher, spontan auf die Leute zuzugehen, ihre Sorgen und Nöte zu verstehen und ernst zu nehmen.

SIE SIND AUCH PRÄSIDENTIN DER FDP-FRAUEN THURGAU: WAS UNTERNIMMT IHRE ORGANISATION IN DEN NÄCHSTEN VIER JAHREN ZUM AUFBAU VON KANDIDATINNEN FÜR DIE NATIONALEN UND KANTONALEN WAHLEN?

Wir werden unsere Arbeit so wie bisher weiterführen mit dem Ziel, noch mehr Frauen zur Verstärkung der Basis zu gewinnen.

Neu sind wir in 6 von 8

Bezirken mit einer Kantonsrätin vertreten, dies wird uns mehr Gewicht verleihen und Vorbildfunktion und Ausstrahlung haben.

WELCHE UNTERSTÜTZUNG WERDEN SIE DABEI VON IHRER KANTONALPARTEI EINFORDERN, UND SEHEN SIE AUCH UNTERSTÜTZUNGSMÖGLICHKEITEN DURCH DIE FDP-FRAUEN SCHWEIZ?

Von der Kantonalpartei erwarten wir weiterhin eine volle, partnerschaftliche Zusammenarbeit, die Akzeptanz unserer «Knochenarbeit» und das Ermöglichen von Medienauftritten oder Referaten.

Von den FDP-Frauen Schweiz wünschen wir uns

Unterstützung im Kommunikations- und Marketingbereich, Informationen zu politischen Themen und den Aufbau eines Beziehungsnetzes zu den eidgenössischen ParlamentarierInnen.

Von beiden Ebenen erhoffen wir uns eine glaubwürdige Sachpolitik, die zu einer grossen Zustimmung eines hoffentlich immer breiter werdenden Wählersegmentes führt.

FRAU DÜNNER, VIELEN DANK FÜR DAS GESPRÄCH

Frauenanteil verdoppelt – Bravo!

Bei den Grossratswahlen vom 9. April 2000 im Kanton Thurgau ist es den FDP-Frauen gelungen, den Frauenanteil der 24köpfigen Fraktion zu verdoppeln auf neu 6. Gewählt sind:

- Ursula Brasey, Hauptwil**
- Susanne Brunschweiler, Weinfeld**
- Ursula Dünner, Arbon**
- Anita Fahrni, Frauenfeld**
- Martha Kuster, Lanzenneunforn**
- Ines Rusca, Bottighofen**

Wir gratulieren allen Gewählten herzlich und wünschen viel Erfolg und Befriedigung bei der Arbeit im Kantonsparlament. Allen 38 FDP-Frauen, die kandidiert haben, danken wir für ihren Einsatz für die FDP-Frauen und freuen uns, wenn sie sich auch ein nächstes Mal zur Verfügung stellen.

FDP-Frauen Thurgau

WETTBEWERB  Die Auflösung

«Trotz Nebel gute Sicht in die freisinnige Zukunft!»



Weil's so schön war, hier noch einmal: das heitere Nebelfahren der Kantonssekretäre in Andermatt.

In der letzten «Freisinn»-Nummer haben wir Sie gefragt, was denn wohl das Motto des Ausflugs der FDP-Kantonssekretäre im März in Andermatt gewesen sein mag. Hier die besten Einsendungen.

GUS. Wer mag noch an den Schnee des letzten Winters denken? Bei den gegenwärtigen Wetterverhältnissen erstaunt es fast, dass sich so viele «Freisinn»-Leserinnen und -Leser noch mit Schnee- und Nebelbildern befassen mochten. Jedenfalls möchten wir Ihnen die besten

Antworten nicht vorenthalten:

Liselotte Knecht in Rehetobel gewann mit

«Trotz Nebel gute Sicht in die FDP-Zukunft» ein Foulard,

Walter Luterbacher in Olten erhielt ein Portefeuille für

«Die Kantonssekretäre in froher Atmosphäre»: Statt Skifahren heisst unser Motto: Jetzt spielen wir Lotto!»

Weiter fielen der Redaktion auf, konnten aber leider nicht mehr ausgezeichnet werden:

«Wer nicht zuweilen ausgelassen sein kann (auch im

Nebel), ist selten von rechter Gelassenheit!»

«Trotz Nebel sehen wir klar, was für ein Ziel Blocher zu erreichen sucht.»

Wir danken allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern ganz herzlich fürs Mitmachen. ■

TERMINE

Mai

- 4. Geschäftsleitung
- 19. Von-Wattenwyl-Gespräche
- 21. Eidg. Abstimmung bilaterale Verträge
- 26./27. Vorsektionale Fraktionssitzung

Juni

- 5.–23. Sommersession (2. Woche: Di–Fr)
- 5. Groupe Latin
- 8. Geschäftsleitung/Sekretärenkonferenz
- 24. Tagung «Allegro» in Solothurn

Juli

- 3./4. Presseverband (Generalversammlung) in Saas Fee

August

- 15. Presseverband
- 18. Geschäftsleitung/Sekretärenkonferenz
- 19. Präsidentenkonferenz/a. o. Delegiertenversammlung

Der «Ouverture» folgt der 1. Satz: «Allegro»

Familien und Erwerbsleben im Einklang

Die FDP fordert die Schaffung ausreichender Kinderbetreuungsangebote.

Eine Tagung der FDP Schweiz, der FDP-Frauen Schweiz, der Jungfreisinnigen Schweiz

ADRESSATEN: Frauen und Männer (auch Nichtparteimitglieder)

WANN: am 24. Juni 2000 – ein Jahr nach der Ouverture, aber nicht da capo

Wo: Solothurn, Restaurant Aaregarten, mit einem grossen Garten direkt an der Aare für den Stehlunch

KOSTEN: 50.– (inkl. Verpflegung, Unterlagen)

Durch die Tagung führt uns: Ständerätin Christiane Langenberger, VD

Mehr erfahren Sie im nächsten «Freisinn». Merken Sie sich das Datum schon vor!

BILDUNG  Neues Positionspapier

Die digitale Spaltung der Schweiz verhindern

«Bildung» ist ein beachtlicher Wirtschaftsfaktor: Bildungspolitik betrifft rund 1 225 000 Schülerinnen, Schüler und Studierende an der Volksschule, der Sekundarschulstufe II und an den Hochschulen. Das ist gut ein Sechstel unserer Bevölkerung. Weit über 100 000 Personen finden im entsprechenden Bereich ihr Auskommen. Die Ausgaben der öffentlichen Hand – Bund, Kantone und Gemeinden – liegen leicht über 22 Milliarden Franken. In dieser Summe sind die Ausgaben der öffentlichen Hand, der Unternehmungen und der Privaten für Weiterbildung nicht eingerechnet.

VON FDP-NATIONALRAT
PETER KOFMEL,
DEITINGEN (SO)

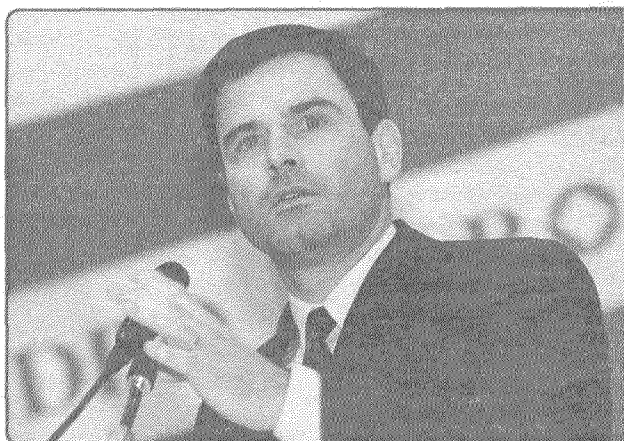
Liberalismus will die grösstmögliche Freiheit des Einzelnen und die Wahrung der menschlichen Würde in jeder Situation. Diese Freiheit bedingt Verantwortung und die Fähigkeit des Einzelnen, sie wahrzunehmen: Bildung ist Voraussetzung für Liberalismus. Wir leben in einer Zeit des rasanten technologischen Wandels. Das einmal erworbene Wissen veraltet schnell. Ja sagen zu liberaler Lebensgestaltung heisst deshalb Ja sagen zu lebenslangem Lernen. Darum fordert die FDP ein hochstehendes und dynamisches gesamtschweizerisches Bildungssystem, das allen gleichen Zugang bietet.

Ja zum dualen Modell

Bildungspolitik sehen wir nicht nur, aber auch als Rezept für mehr Beschäftigung. Dies gilt insbesondere für die eigentliche Berufsbildung. Zwei Drittel der jugendlichen Einwohnerinnen und Einwohner unseres Landes gehen diesen Weg. Die öffentliche

Hand wendet dafür rund 3 Milliarden Franken auf (ca. 15% aller Bildungsausgaben). Die DP steht zum dualen Modell: Berufsbildung erfolgt idealerweise in aktiver Zusammenarbeit von öffentlicher Hand und Wirtschaft. Wir unterstützen Bestrebungen, den Berufsbildungsweg attraktiver zu gestalten und ihm zu einem besseren Image zu verhelfen. Der Ausbildungsweg über die Berufsmaturität zur Fachhochschule soll – wie der Weg vom Gymnasium an die Universität – auch «Königsweg» sein.

Im Hochschulbereich stehen wir zur Dualität «Universitäten und Eidgenössische Hochschulen einerseits und Fachhochschulen andererseits». Gleichwertig sollen sie sein – aber anders. Von den Fachhochschulen erwartet die FDP, dass sie praxisbezogen ausbilden und praxisnah bleiben. Wer von der gymnasialen Maturität an die Fachhochschule will, hat sich – in der Regel vorgängig – Praxis anzueignen. Die Bestrebungen des Bundes, die sieben festgelegten Fachhochschulen zu inter-



FDP-Nationalrat Peter Kofmel: «Wir fordern den Zugang für alle zur Informationstechnologie, die digitale Mündigkeit!»
(Bild ruti)

national kompetitiven Institutionen werden zu lassen, finden unsere Unterstützung. Alle Fachhochschulbereiche sind schnellstmöglich unter Bundeskompetenz zu stellen.

Für eine anspruchsvolle Matura

Die FDP fordert eine hochstehende und anspruchsvolle Universitätsausbildung. Das bedingt ein entsprechendes Niveau der Maturität. Sie soll die primäre Selektion für ein Universitätsstudium sein. Weiter notwendige Selektion soll in den ersten Monaten des Studiums erfolgen. Den Numerus clausus als Regel lehnen wir ab. Es soll verstärkt die Möglichkeit offenstehen, teilweise im Ausland zu studieren. Wir fordern entsprechende Credit systems. Stipendien sind erfolgsabhängig auszugestalten. Die FDP fordert eine pädagogische Ausbildung und eine Leistungs- und Qualitätsbewertung für alle Dozierenden.

Weiterbildung ins Bildungssystem einbetten

Rund 40 Prozent der erwachsenen Schweizer Wohnbevölkerung bildet sich in irgendeiner institutionalisierten Form weiter. Das ist gut so, denn das in der Grundausbildung erworbene Wissen reicht in aller Regel nicht sehr lange. Weiterbildung für alle ist der Schlüssel zum 21. Jahrhundert. Die FDP unterstützt deshalb eine bessere Einbettung der Weiterbildung in das Bildungssystem. Die Rolle der öffentlichen Hand sehen wir im wesentlichen als subsidäre: Forschung sowie Qualitätssicherung und Zertifizierung von – privat angebotener – Weiterbildung sollen mithilfe, den Weiterbildungsmarkt effektiv, effizient und transparent zu machen.

FDP will digitale Spaltung der Schweiz verhindern

Knapp 50 Prozent der in der Schweiz Wohnenden mit einem höheren Abschluss benutzen regelmässig das

Internet. Bei jenen, die nur über einen Volksschulabschluss verfügen, sind es nur gerade 7 Prozent. Es droht neuer Analphabetismus. Die FDP will die digitale Spaltung der Schweiz verhindern. Das Bildungswesen muss gewährleisten, dass alle Jungen den Zugang zu den Informationstechnologien finden. Entsprechend ist die Ausbildung und Unterstützung der Lehrenden zu verstärken. Für Erwachsene sind entwicklungs- und arbeitsplatzrelevante Weiterbildungsangebote bereitzustellen. Öffentliche Internetanschlüsse müssen so normal wie öffentliche Fernsprechanchlüsse werden. Es gilt, einen dynamischen und offenen Schweizer Bildungsraum zu schaffen, der in die weltweite Wissensgesellschaft eingebettet ist. Wir fordern den Zugang für alle zur Informationstechnologie, die digitale Mündigkeit.

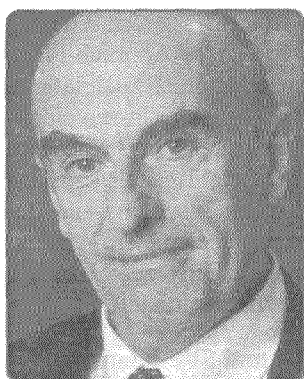
Unser Land hat eine beachtliche PC-Dichte. Doch wollen wir als Schweiz den Anschluss ans Informationszeitalter nicht verpassen, brauchen wir sehr viel mehr Informatikspezialisten. Die FDP unterstützt die Anstrengungen der öffentlichen Hand und der Wirtschaft, mehr Lehrstellen in diesem Bereich bereitzustellen. Für Unternehmen, die Lehrlinge und Lehrtöchter ausbilden, fordern wir steuerliche Erleichterungen. Auch befürworten wir befristete Sonderkontingente für ausländische Informatikspezialisten zur Überbrückung des latenten Informatikermangels in Wirtschaft und Verwaltung.

Talon zum Bestellen
des Positionspapiers
zur Bildungspolitik
auf Seite 13 in diesem
«Freisinn».

SICHERHEITSPOLITIK  Eine Berufsarmee?

Vom Outsourcen einer unbequemen Aufgabe

Immer wieder und jüngst auch aus Armeekreisen erschallt der Ruf nach einem neuen Stand im Staat: der Berufsarmee. Nicht nur das Instruktionkader sowie einzelne Spezialtruppen wie heute, sondern die ganze Armee soll zum Berufsheer werden. Was ist davon zu halten?



FDP-Ständerat Hans Rudolf Merz: «Das Milizprinzip muss die tragende Säule der Wehrpflicht bleiben.»

(Bild senn & stahl)

VON FDP-STÄNDERAT
HANS RUDOLF MERZ,
HERISAU (AR)

FDP. – Im modernen Staat ist es üblich geworden, gewisse Aufgaben auszugliedern und sogar zu privatisieren. Mit den Rüstungsbetrieben des Bundes wurde so vorgegangen. Warum soll man nicht auch den dreiteiligen Verfassungsauftrag zur Landesverteidigung international aus-schreiben und dem Best-qualifizierten, heisse er Nato, Securitas, österreichisches Bundesheer oder Armee-Schweiz AG, vergeben?

Mitverantwortung fördern

Sicherheitspolitik geht davon aus, dass es Staat und Volk schlecht gehen kann. Zur Meisterung derartiger Lagen funktioniert jedoch nur, was sich in Friedenszeiten zuvor bewährt hat. Die Grundwerte eines Staates sind nicht delegierbar, gerade in der Krise nicht. Im Krieg wird der Staat zum Vaterland. Es gibt keine Sicherheitspolitik im luftleeren Raum, sondern nur innerhalb der Identität

Kaum teurer?

Eine wesentliche Begründung für die Schaffung einer Berufsarmee wird in der wachsenden Technologisierung von Material und Bewaffnung gesehen. Das ist jedoch teilweise ein Fehlschluss. Im Simulator ist das Schiessen kein Problem. Es ist nämlich nicht das Bedienen von Geräten und Waffen, das technologisch immer anspruchsvoller wird, sondern es sind die Systeme selbst. Die Ansprüche liegen daher viel eher bei der Hard- und Software sowie im Unterhalts- und Reparaturbereich als im Bedienen durch die Benutzer. Die Informatik wird trotz zunehmender Komplexität immer benutzerfreundlicher. An den meisten Arbeitsplätzen in der Schweiz muss heute ein Computer bedient werden; das Know-how ist in unserem Land daher verbreitet vorhanden. Ausserdem wird selbst bei stürmischer Entwicklung von Cyber-technologien lange nicht jede Tätigkeit in der Armee computerisierbar. Die Bewachung von Gebäuden und Anlagen oder die Rettung und Hilfe in ausserordentlichen Lagen haben mit High-Tech rein nichts zu tun. Dass demgegenüber die Ansprüche in der Flugwaffe weit höher liegen, tangiert das Milizprinzip in keiner Weise; die Flugwaffe ist richtigerweise seit langem professionalisiert.

Es wird sodann argumentiert, eine Profitruppe käme kaum teurer zu stehen als eine Milizarmee. Das mag für den Tag der Gründung eines Berufsheeres

vielleicht zutreffen. Aber was geschieht, wenn die typischen Probleme der Rekrutierung in Konkurrenz zur Wirtschaft, von Stellenwechsel, Weiterbildung und Pensionierung auftauchen? Was macht man zum Beispiel mit einem 50jährigen Berufssoldat, der nach zwanzig Jahren austreten will und den Anschluss an das zivile Berufsleben verloren hat? Und wer bietet den Profis die Stirne, wenn sie begreiflicherweise den Anspruch auf allerbeste, perfekte Ausrüstung und Bewaffnung monieren? Wie entwickelt sich eine Branche «Armee», so gross wie die Textil- oder Metallbearbeitung, mit zehn- bis zwanzigtausend Angehörigen? Entsteht nicht eine Art Subkultur im Staat, die ein

Eigenleben ohne «lästige Einflüsse» einer Miliz führt? Der Wille des Volkes, sich mit einem Berufsheer auf Dauer zu identifizieren, wird abnehmen und damit auch die Bereitschaft, die Landesverteidigung ernst zu nehmen. Der Weg vom Outsourcen einer – zugegeben unbequemen – Aufgabe bis zu deren Marginalisierung wird kurz sein.

Berufsheer ausgeschlossen

Beide Räte haben den Sicherheitspolitischen Bericht verabschiedet. Sie haben damit Ja gesagt zur Zweiteilung in Armee und Bevölkerungsschutz in einer umfassenden Kooperation. Und sie haben Ja gesagt zu einer gegenüber heute wesentlich verkleinerten Armee mit den verfassungsmässigen Aufträgen Friedensunterstützung, Verteidigung und Katastrophenbewältigung. Diese Strategie schliesst ein Berufsheer aus.

Umfassende Sicherheitspolitik

Die Erfahrungen aus dem Bosnien- und dem Kosovo-Konflikt lehren, dass nicht alle sicherheitspolitischen Probleme in der Schweiz und durch sie allein gelöst werden können. Vielmehr muss – gerade zur Migrationsprävention – die Schweiz auch ausserhalb der Grenzen Beiträge leisten. Dazu benötigt sie eine Milizarmee mit professionellen Elementen, Sicherheit durch Kooperation, den Ausbau des sicherheitspolitischen Engagements der Schweiz im Ausland inklusive Bewaffnung der freiwilligen Schweizer Soldaten zum Selbstschutz.

Die Sicherheit im Innern muss mit neuen Instrumenten, u. a. im Rahmen der Polizeireform, noch verstärkt werden. Organisierte Kriminalität, Korruption und Gewalt im Alltag sind wirksam zu bekämpfen.

Bürgerliches Ziel: Aufstellung von bewaffneten Schweizer Einheiten in genügender Zahl, um spätestens ab 2003 einen spürbaren Beitrag zur Krisen- und damit zur Migrationsverhinderung zu leisten.

KONKORDANZ  Die eigentlich zu stellende Frage

SP und SVP: Regierungs- oder Oppositionspartei?

SP und SVP werden nicht müde zu suggerieren, dass sich FDP und CVP «entscheiden müssen, ob sie es mit der SP oder SVP halten wollen». Dieser Bockmist wird nicht wahrer durch seine Wiederholung. Viel notwendiger wäre, dass sich die zwei zerstrittenen Parteien erstens intern einigen, so dass man wieder wüsste, wessen Wort gilt. Und zweitens: SP und SVP haben sich endlich klarzuwerden, was sie sein wollen: Regierungspartei oder Opposition?

VON FDP-GENERAL-
SEKRETÄR
JOHANNES MATYASSY,
MURI (BE)

Monatelang versuchten die Sozialdemokraten eine sogenannte «Koalition der Vernunft» aufzustellen: FDP und CVP müssten sich entscheiden, mit wem sie in der Regierung sein wollten. Neuerdings übernimmt SVP-Präsident Ueli Maurer persönlich die sozialistische Argumentation: «FDP und CVP müssen sich entscheiden, ob sie sich auf die Seite der SP oder der SVP schlagen wollen.» (NLZ, 5. April 2000) Diese Aussagen sind vor dem Hintergrund unserer Regierungsbildung ebenso durchsichtig wie falsch. Durchsichtig, weil es klar ist, dass SP und SVP ein Problem an ihren Rändern haben und politisch nichts durchsetzen können. Deshalb versucht man, Gefährten für den abdriftenden Kurs zu finden, mitunter um die drohende Isolation zu vermeiden. Falsch sind die Aussagen deshalb, weil unser bewährtes schweizerisches Regierungssystem nicht von fixen Blöcken ausgeht, sondern von wechselnden Mehrheiten. Aufgabe einer Partei ist

es nicht, nach deutschem oder österreichischem Vorbild eine Koalition für eine klar definierte Regierungsperiode zu schmieden.

Sachpolitische Prioritäten der übrigen Regierungsparteien bleiben unbekannt

Als eigenständige Partei hat die FDP zuerst ihr eigenes

Programm definiert: letztmals in Form der Wahlplattform 1999 und in Form der Prioritäten für die bürgerliche Erneuerung im Februar 2000. Die drei übrigen Regierungsparteien haben das öffentliche Angebot, dazu Stellung zu beziehen, ungenutzt verstreichen lassen. Bis heute ist nicht klar, welche Prioritäten diese drei Parteien für diese Legislatur setzen wollen. Der Verdacht bleibt bestehen, dass lieber über längst erledigte Ideologien gestritten wird als über konkrete, im Hier und Jetzt sich stellende politische Probleme. So wird beispielsweise krampfhaft versucht, die hochnotpeinliche unbestimmte Haltung gegenüber den bilateralen Verträgen zu vertuschen

und die desaströse Wirkung der AHV-Abbruch-Pläne abzdämpfen. Auch interne Zwistigkeiten lassen sich – das wäre dann eine alte Weisheit bisher eher ausländischen Zuschnitts – am besten überspielen, indem man den gemeinsamen Gegner reaktiviert.

SP und SVP können der Oppositionsfrage nicht mehr ausweichen

SP und SVP haben Probleme mit ihren Rändern. Dort gibt es Kräfte, die immer ungehemmter versuchen, die ganzen Parteien mit in eine Richtung zu führen, die nicht mehr auf fundamentalistische und extremistische Instrumente verzichtet. Diese Kräfte suchen die Opposition mit al-



FDP-Generalsekretär Johannes Matyassy mit den Parlamentariern Fulvio Pelli, Thomas Pfisterer und Jean-Claude Cornu. (Bild ruti)

ZUM THEMA

.....
Neuerdings übernimmt SVP-Präsident Ueli Maurer persönlich die sozialistische Argumentation.

.....
Der Verdacht bleibt bestehen, dass lieber über längst erledigte Ideologien gestritten wird als über konkrete, im Hier und Jetzt sich stellende politische Probleme.

.....
SP und SVP haben Probleme mit ihren Rändern.

len Mitteln. Bei den letzten Bundesratswahlen hat die FDP klargemacht, dass sie von SP und SVP konstruktive Mitarbeit und die Übernahme von Mitverantwortung für die Regierungspolitik erwarten und dauernde Opposition mit Horchposten im Bundesrat nicht mehr akzeptieren. Die bisherige Entwicklung lässt den Schluss zu, dass eine Tendenz in die falsche Richtung besteht. Die Frage, ob SP und SVP wirklich mitregieren wollen oder konsequent Opposition betreiben möchten, können sie nur noch verschieben. Ausweichen können sie ihr nicht mehr.